



*** EMBARGO: Dienstag, 16. Juli 2024, 10 Uhr ***

Pressemitteilung

Starkes Bündnis „Gemeinsam für eine Schule mit Lehrkräften!“ gegründet!

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Studierende entwickeln gemeinsame Maßnahmen und Forderungen zur Ausbildung und Einstellung von Lehrkräften für die Schulen in Brandenburg

Zurzeit sind in Brandenburg ca. 20.000 Lehrerinnen und Lehrer unbefristet beschäftigt. Bis 2032 werden über 10.000 von ihnen aus Altersgründen ausscheiden. In diesem Zeitraum sind jährlich mindestens 1.300 bis 1.700 Neueinstellungen notwendig, um den Unterricht für die Schülerinnen und Schüler abzusichern. In den vergangenen Jahren haben in Brandenburg jährlich nur zwischen 300 bis 400 Absolventinnen und Absolventen das Lehramtsstudium an der Universität Potsdam erfolgreich abgeschlossen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen. Die bisher von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Absicherung der Ausbildung und Einstellung vollständig ausgebildeter Lehrkräfte reichen nicht ansatzweise aus, um die notwendigen Ersatzeinstellungen in den nächsten zehn Jahren für die Absicherung des Unterrichts vornehmen zu können. Im Gegenteil: Die Bedarfe an Einstellungen werden weiter steigen. Ein Großteil der Ersatzeinstellungen wird nur durch die Gewinnung von Lehrkräften mit Seiteneinstieg erfolgen können. **Mit den derzeitigen Maßnahmen ist davon auszugehen, dass 2030 nur die Hälfte der Stellen für Lehrkräfte an den Schulen des Landes Brandenburg mit vollständig ausgebildeten Lehrkräften besetzt sein wird.**

„Der Lehrkräftemangel gefährdet die Bildungschancen und die Zukunft unserer Kinder“, stellt die Sprecherin des Landeselternrats, Ulrike Mauersberger, klar. Selbst bei raschem und entschiedenem Handeln sei der Schulbetrieb bereits stark eingeschränkt. „Uns erreichen aus den Schulen erschreckende Rückmeldungen: Teilweise werden Studierende als Klassenleitungen eingesetzt, einige Kinder können beim Übergang in die weiterführenden Schulen keine Schreibschrift. Über lange Zeit werden Klassen zusammengelegt oder mehrere Klassen von einer Lehrkraft betreut, ohne dass unterrichtet wird. An manchen Schulen sind bereits 40% der Lehrkräftestellen mit Seiteneinsteigenden besetzt oder unbesetzt. Als Folge fällt immer mehr Unterricht aus, der nicht nachgeholt wird. Wir sind schon jetzt in einem Notbetrieb, und die Bildungsdefizite verstärken sich noch weiter.“

„Die Einstellung ausgebildeter Lehrkräfte ist die entscheidende Voraussetzung für die Absicherung der unterrichtlichen Bildungs- und Erziehungsangebote unserer Schulen. Die aktuelle personelle Situation in den Schulen und die unzureichenden Maßnahmen der Landesregierung zur Absicherung der Einstellung von Lehrkräften gefährden die Chancengleichheit unserer Kinder und Jugendlichen. Es ist Zeit, endlich wirksam gegenzusteuern.“, erklärt Günther Fuchs, Vorsitzender der GEW in Brandenburg. „Uns erreichen immer mehr Klagen überlasteter Lehrkräfte. Die wollen einen guten Job machen. Aber auch die können nicht dauerhaft die Seiteneinsteiger coachen oder für Zwei arbeiten.“, ergänzt Hartmut Stäker als Präsident des Brandenburgischen Pädagogen-Verbandes. „Wir Studierende möchten praxisnah und ohne Verzögerung zum Abschluss kommen. Derzeit geht das nicht: Die weiterhin sehr theorielastige Ausbildung sowie Zugangshürden zum Studium und zu den Kursen und Seminaren stehen dem entgegen.“, ergänzt Philipp Okonek als studentischer Vertreter der Universität Potsdam. Stefan Tarnow merkt als Sprecher des



Landesschülerrats an: „Grundlage vieler Probleme im Bildungsbereich ist der Lehrkräftemangel. Ohne geeignetes Personal kann keine Demokratiebildung gewährleistet werden und Grundoperationen können nicht verstanden werden.“

Aus der Sicht der GEW Brandenburg, des BPV, der Studierendenvertretung der Universität Potsdam, des Landesschülerrats Brandenburg und des Landeselternrats Brandenburg gefährdet dieser Lehrkräftemangel einerseits die Schulbildung unserer Kinder und andererseits die Gesundheit von Lehrkräften. Schon jetzt ist die personelle Situation an den Schulen angespannt, der Arbeitsmarkt an Lehrkräften deckt den Bedarf nicht und die Maßnahmen der Landesregierung sind für die Sicherung sämtlicher notwendiger Einstellungen unzureichend. Der Landeselternrat, der Landesschülerrat, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Brandenburgischen Pädagogen-Verband und die Vertretungen der Lehramtsstudierenden an der Universität Potsdam haben daher ein gemeinsames Aktionsbündnis gegründet. In den Sommermonaten wird ein gemeinsamer Maßnahmenplan und Forderungskatalog entwickelt. Dieser soll eine dauerhafte Bildungskrise und eine Unterversorgung mit Lehrkräften an den Schulen des Landes Brandenburg abwenden. Diese Forderungen und Maßnahmen werden nach der Sommerpause in einem gemeinsamen Pressegespräch vorgestellt. **Bildungspolitik muss für Brandenburg die höchste Priorität des politischen Handelns werden.**

Ulrike Mauersberger

Sprecherin des Landeselternrat Brandenburg
Vorstand@ler-brandenburg.de // +49 162 6266019

Hartmut Stäker

Präsident des Brandenburgischen Pädagogen-Verbands
staeker@bpv-vbe.de // +49 1567 8857702

Günther Fuchs

Landesvorsitzender GEW Brandenburg
fuchs@gew-brandenburg.de // +49 171 2134176

Philipp Okonek

Versammlung der Fachschaften der Universität Potsdam
praesidium@vefa.uni-potsdam.de

Stefan Tarnow

Sprecher des Landesschülerrats
sprecherin@lssr-brandenburg.de // +49 331 8663857